

«Sachlösungen statt Blockadepolitik»

Interview Ständerat Thomas Pfisterer (FDP/AG) kritisiert bundesrätliche Wahlkämpfe als Verfall politischer Kultur

Zur neusten Entwicklung um Komplottvorwürfe gegen Valentin Roschacher mahnt Thomas Pfisterer zur Zurückhaltung, bis Fakten auf dem Tisch liegen. Die Debatte über die (Nicht-)Wiederwahl von Bundesrat Blocher rügt er als Scheingefecht.

MATHIAS KÜNG

Die Medien sind seit Wochen voll zur Frage, ob Bundesrat Blocher wiedergewählt wird. Stellt sich diese Frage am 21. Oktober wirklich?

Thomas Pfisterer: Nein, das ist ein Scheingefecht, und nicht einmal ein ehrliches. Am 21. Oktober wählen wir das Parlament, nicht den Bundesrat. Das Parlament ist von der Verfassung her frei, in der Dezembersession, am 12. Dezember 2007, die Personen in den Bundesrat zu wählen, die es als fähig erachtet.

Den Eindruck, dass es am 21. Oktober nicht um die Bundesräte geht, hat man angesichts ihrer zahlreichen öffentlichen Auftritte aber nicht.

Pfisterer: Es geht nicht um Bundesräte, schon gar nicht um Personenkult. Thema am 21. Oktober sind Sachlösungen für die Bevölkerung, der Dienst an Land und Volk. Viele vergessen, dass unser Land von Natur aus vielfältig, schwierig und mausarm ist. Wenn wir uns in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Gesundheitspolitik, in der Ausgestaltung der Infrastrukturen nicht alle Mühe geben, stehen wir bald wieder vor grossen

Schwierigkeiten. Unsere Sozialwerke, den Frieden im Lande können wir nur erhalten, wenn wir uns politisch freundeidgenössisch verständigen, die Wirtschaft läuft und die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens stimmen.

Wird angesichts der Auseinandersetzung um den ehemaligen Bundesanwalt Rorschacher der «Bundesrats-Wahlkampf» noch mehr zunehmen?

Pfisterer: Nun ist Zurückhaltung geboten, bis wir die Fakten auf dem Tisch haben. Sonst vergiften wir die Politik.

Aber der Bundesrats-Wahlkampf ist allgegenwärtig.

Pfisterer: Eben habe ich an einem Volksfest im Gespräch mit den Leuten eine andere Erfahrung gemacht. Viele schütteln ob der Propaganda um Christoph Blocher oder Micheline Calmy-Rey den Kopf. Ein Bundesrat, der sich dafür missbrauchen lässt, muss sich die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit stellen lassen.

Bundesrätlicher Wahlkampf in diesem Ausmass ist neu.

Pfisterer: Früher galt es in diesem Lande als Tugend, dass sich die Bundesräte aus dem Wahlkampf heraushielten. Sie waren primär überparteiliche Landespolitiker. Sie arbeiteten für das Volk und betrieben nicht Wahlkampf. Was wir heute beobachten, ist ein Verfall der politischen Kultur.

Werden Parlamentarier mit der Parole «Wer Blocher im Bundesrat will, muss SVP wählen» nicht zu einer Art Wahlmänner

und Wahlfrauen degradiert?

Pfisterer: Das ist ein weiteres Beispiel für die zunehmende Veramerikanisierung unserer Politik. Anders als in den USA sind die Parlamentsmitglieder nicht nur Wahlmänner und -frauen. Zudem wird dabei Bundesrat Schmid völlig übergangen. Bundesräte sind angestellt und bezahlt für Knochenarbeit an Sachlösungen, nicht für Wahlkampf.

Sie werfen SVP und SP vor, wichtige Geschäfte zu blockieren. Inwiefern?

Pfisterer: SVP und SPS haben in dieser Legislatur im Nationalrat (nicht im Ständerat!) oft Blockadepolitik betrieben, statt Sachprobleme zu lösen. Sie haben sich im Negativen zu Koalitionen gefunden und blockieren. Ich nenne die IV-Finanzierung und die Armeereform. Zum ers-

Zurückhaltung ist geboten, sonst vergiften wir die Politik

ten Mal in der Geschichte des Bundesstaates ist ein Rüstungs-



programm abgelehnt worden. Ebenso ist die Pensionskassenreform gescheitert; allein das kostet den Bund jeden Tag 1 Million Franken. Blockiert ist die Bahnreform 2. Diese Blockadeallianz hat vorletztes Jahr beinahe das Budget abgelehnt. Einmal konnte das Budget – bloss aus Prestigegründen! – erst in der Einigungskonferenz gerettet werden. Das ist verlorene politische Kultur. Das ist unschweizerisch.

Sie glauben, dass SVP und SPS ihre Macht manchmal für blossen Machtdemonstrationen einsetzen?

Pfisterer: Es gibt bei diesen Parteien Hardliner. Bedenklich ist, dass ihnen die an sich vernünftige Mehrheit manchmal einfach nachläuft. Ich verweise dazu nur auf die jüngste Armee reform. Dass trotzdem Problemlösungen zustande kommen, ist wesentlich dem Freisinn, meist ebenso der CVP und im Ständerat der SVP, ja der SP zu verdanken. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Denken Sie da an den Infrastrukturfonds?

Pfisterer: Ja, aber auch an die bilateralen Verträge mit der EU, die Personenfreizügigkeit sowie Schengen/Dublin, die Reduktion der Heiratsstrafe – ein urfreisinniges Anliegen –, die Unternehmenssteuerreform für die KMU, über die noch abgestimmt wird, die Sanierung des Bundeshauses, die jüngste IV-Revision, die Lösung zum Nationalbankgold für die Kantone, das faktische Verbot für Gaskraftwerke usw. Das sind alles notwendige und konstruktive Lösungen, auf die sich SVP und SP nie hätten einigen können.

Sie wollen eine inhaltliche Wahldebatte. Worum müsste es Ihres Erachtens gehen?

Pfisterer: Ein zentrales Thema sind Freiheit und Selbstbestim-

mung der Einzelnen, Solidarität gegenüber den wirklich Schwachen und Sicherung der langfristigen Lebensqualität, d. h. der Umwelt und unseres Wohlstandes. Uns allen zuliebe müssen wir der Wirtschaft Sorge tragen. Dabei dürfen wir keine Auswüchse wie die «amerikanischen» Supersaläre dulden! Wir

brauchen Gerechtigkeit und Offenheit für die Zukunft.

Eins der grossen Themen ist die Steuerthematik. Wollen Sie hier in der Wählerschaft punkten?

Pfisterer: Wir wollen die Steuern vereinfachen und wo möglich senken, eine Reform der Mehrwertsteuer mit einem einheitlichen Satz und die Unterneh-

Auf diese Lösungen hätten sich SVP und SP nie einigen können

menssteuerreform. Zur Gerechtigkeit gehören Steuergerechtigkeit und Solidarität mit den echt Schwachen. Wir müssen endlich den von Bundesrat Couchepin vorgezeigten Reformpfad zur IV- und AHV-Finanzierung weitergehen.

Die Easy Swiss Tax gibt viel zu reden. Könnte die damit verbundene Vereinfachung Ihr Wahlkampfschlager werden?

Pfisterer: Die Vereinfachung ist sicher nötig. Es geht aber auch um eine generelle Steuersenkung, wie sie jüngst im Aargau angekündigt wurde, so die Unternehmenssteuerreform und die Mehrwertsteuer. Unsere Steuerpolitik muss flexibler werden. Der Bundeshaushalt ist praktisch saniert und die Steuern sprudeln.

Wo würden Sie ansetzen?

Pfisterer: Zuerst muss der Staat

seine Aufgaben möglichst effizient erfüllen. Hier können wir uns steigern, bis hin zu einer generellen Prüfungspflicht, ob Private daran beteiligt werden können (PPP = Public Private Partnership). Zu diesen Aufgaben gehört zentral der Umweltschutz, d. h. aktuell die Verkehrsverlagerung, Bahngrossprojekte, Endlagerung der Kernkraftabfälle, vernünftige erneuerbare Energien, keine Gaskraftwerke, sondern Ersatz der unvermeidlichen Kernkraftwerke.

Sie sprechen von Steuergerechtigkeit. Gleichzeitig wollen FDP-Delegierte die direkte Bundessteuer abschaffen, die gemeinhin als gerechte Steuer gilt. Wie geht das zusammen?

Pfisterer: Die direkte Bundessteuer soll bleiben, aber wir müssen sie begrenzen, damit Kantone und Gemeinden genug Mittel haben.

Wie wollen Sie Ihre differenzierten Botschaften an die Wählerinnen und Wähler bringen?

Pfisterer: Die Wählerinnen und Wähler sind nicht dumm. Sie fallen nicht auf äusserliche Schlagwort-Propaganda herein. Sie wollen nicht Fassadenpolitik und blossen «Politik-Unterhaltung». Nach den Erhebungen über die parlamentarischen Beschlüsse im Nationalrat erarbeitet und vermittelt in erster Linie der Freisinn solche Lösungen, und dann die CVP. Darum müssen wir zum Ständerat und seiner guten Zusammenarbeit, auch mit der SVP-Delegation, Sorge tragen.

Erwarten Sie, dass die Konkordanz die Wahlen überlebt?

Pfisterer: Wir brauchen Kräfte, die gemeinsam die Probleme dieses Landes lösen können; dabei helfen Stimmen an Kleinparteien und Zersplitterung wenig. Wir müssen die Kräfte stärken, die

gute Köpfe haben, um Lösungen und Kompromisse zu finden - über die Regionen und die sozialen Schichten hinweg. Das war bisher eine Stärke der Schweiz. Tragen wir bei, dass die Leute, die heute Partei- statt Landespolitik betreiben, bei den Wahlen einen Denkkzettel bekommen.



THOMAS PFISTERER Will Bundesräte arbeiten sehen. AGR